

1949-01-04

„Neue Zeit“

Es muss Klarheit sein...

Der nachstehende Artikel ist geschrieben worden, bevor Wilhelm Pieck im „Neuen Deutschland“ das Interview veröffentlichte, in dem er für die SED die strikte Erklärung abgab, dass die SED nicht ihre Aufgabe darin sehe, für Deutschland zu einer Volksdemokratie überzugehen, sondern vielmehr darin, die bestehende demokratische Ordnung zu festigen. Bei dem grundsätzlichen Charakter des Artikels von Pfarrer Ludwig Kirsch in Bezug auf die klare Stellungnahme der CDU für eine parlamentarische Demokratie erscheint er und trotzdem nicht überholt. Die Redaktion

Die in voller Öffentlichkeit geführte Diskussion der SED um ihre Entwicklung zur „Partei neuen Typus“ gestattet es nicht nur, sondern macht es dem im Block mit ihr zusammenarbeitenden nichtmarxistischen Parteien zur Pflicht, die dort gewonnenen Ergebnisse zu analysieren und dazu Stellung zu nehmen. Es geht da nicht nur um eine innerparteiliche Angelegenheit im marxistischen Flügel der Blockparteien, sondern um die innerstaatliche Entwicklung der Ostzone und ganz Deutschlands überhaupt. Der revolutionäre Weg des verschärften Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats wird immer stärker als das konkrete Ziel betont, alle Führung in Politik und Wirtschaft nur für die „Arbeiterklasse“ beansprucht, wobei stillschweigend oder manchmal auch sehr deutlich als selbstverständlich vorausgesetzt wird, dass die SED die einzige maßgebliche Vertreterin und Sprecherin der Arbeiterklasse sei. Wenn dann schließlich manchmal sogar Genossen den Zeitpunkt gekommen glauben, nun mit der Blockpolitik Schluss zu machen, dann nennt das Gerhard Ellroth (Artikel „Die Diskussion geht weiter“, z.B. in der Beilage zur „Chemnitzer Volksstimme“ vom 4. Dezember 1948) einen Irrtum und argumentiert so:

„Die bürgerlichen Parteien (dieser Begriff scheint unausrottbar wie der Aberglaube! L.K.) sind keine einheitlichen Parteien. Neben Kapitalisten und Großbauern in ihren Reihen machen die Masse ihrer Anhänger vor allem Mittelschichten aus, die für die Arbeiterklasse bündnisfähig sind. Zweifellos haben allerdings in diesen Parteien gegenwärtig großbürgerliche, reaktionäre Kreise meist noch die Führung. Es fragt sich aber, ob das so bleiben muss. In den volksdemokratischen Ländern hat sich gezeigt, wie das Weiterschreiten auf dem Wege zum Sozialismus auch zu wesentlichen Veränderungen innerhalb der bürgerlichen Parteien geführt hat. Unter dem Eindruck der Delegationen in die Sowjetunion bahnt sich hier zweifellos eine neue Entwicklung an. Es wird an uns sein, die fortschrittlichen, ehrlichen demokratischen Kräfte in den bürgerlichen Parteien stärker als bisher zu unterstützen und damit die Blockpolitik auf eine höhere Ebene zu heben.“

Es hängt für die Beurteilung dieser Ausführungen alles davon ab, was man unter der „höheren Ebene“ versteht. Ist sie etwa dort, wo alle macht bei der SED liegt und einige „Hausmannsposten“ „bürgerlichen“ Mitläufern überlassen bleiben? Dann soll die SED wissen, dass kein ehrlicher, fortschrittlicher CDU-Politiker für eine solche Beteiligung zu finden sein wird! Wir müssen von der SED klipp und klar wissen:

stehen ihre maßgeblichen Politiker bis in die Länder und Kreise hinein ehrlich hinter der Zustimmung der ihr angehörigen Volksratsvertreter zum Verfassungsentwurf? Dieser beruht auf einer aufrichtigen Abmachung aller Mitglieder des Deutschen Volksrates und sieht eine fortschrittliche parlamentarische Demokratie als deutsche Staatsform vor, in der kein Platz für eine Diktatur ist, weder für die Diktatur eines Reichspräsidenten (wie in der Weimarer Zeit) noch für eine Diktatur des Proletariats. Denn Diktatur bedeutet stets Gewaltherrschaft einer Minderheit über eine unterdrückte Mehrheit.

Die Entwicklung der Diskussion über die „Partei neuen Typus“ steht vielfach in offenem Widerspruch mit den Formulierungen des Verfassungsentwurfs: im Zwielficht dieser Widersprüche lässt sich keine Klärung über die Zukunft finden. Die CDU jedenfalls könnte niemals eine Verfassung anerkennen, die nicht von der in freier und geheimer Wahl ehrlich festgestellten überwältigten Mehrheit des Volkes gebilligt wäre. Gewaltmaßnahmen schaffen kein Recht und haben keine Dauer; dafür ist die Aera des „Tausendjährigen Reiches“ genug beweiskräftig. Aber auch Vorstandserklärungen der Massenorganisationen ohne vorherige geheime Befragung ihrer Mitglieder oder öffentlich beschlossene Betriebsresolutionen geben die wirkliche Meinung der Abstimmenden wie die Dinge nun einmal liegen, nicht wieder, könnten also niemals als Ersatz einer geheimen Wahl dienen.

Diese Fragen werden in den breiten Massen lebhaft diskutiert, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die große Mehrheit unseres Volkes in Ost und West keine staatliche Entwicklung im Sinne des konsequenten Marxismus will. Wer das bestreitet, der möge mit uns für die Wahl einer Nationalversammlung oder zumindest für die im Herbst 1949 vorgesehenen Wahlen zu den Länder-, Kreis- und Gemeindeparlamenten eintreten, damit die Probe aufs Exempel gemacht werden kann; wir sind jederzeit dazu bereit!

Natürlich erhebt sich hier sofort die Frage: wie steht die Besatzungsmacht zur staatsrechtlichen Entwicklung Deutschlands und vor allem unserer Zone? Wiederholte Äußerungen ihrer amtlichen Vertreter in Deutschland und besonders auch die letzten Erklärungen des Außenministers Molotow gegenüber der deutschen Delegation in Russland geben volle Klarheit darüber, dass die Sowjetunion fest auf dem Boden der Potsdamer Beschlüsse von 1945 steht. Dort heißt es in Punkt III: „Die Alliierten haben vor, dem deutschen Volke eine Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten, um zukünftig die Wiederherstellung seines Lebens auf einer friedlichen und demokratischen Grundlage zu verwirklichen.“

Für die Sowjetunion ist es nach dem verbrecherischen Überfall Hitlers 1941 auf ihr Territorium von entscheidender Bedeutung, dass sie wirklich friedliebende Nachbarn hat, dass insbesondere das Deutschland der Zukunft radikal von den Irrwegen des Militarismus, des Faschismus und des Imperialismus sich lossagt. Garantie dafür ist nicht nur denkbar durch die Diktatur des Proletariats oder eine volksdemokratische Form des Staatsapparats, sondern auch auf der Grundlage der in der Ostzone bereits durchgeführten politischen und wirtschaftlichen Reformen in einer parlamentarischen Demokratie.

Die alten Kräfte, welche die Initiatoren der erwähnten Irrwege waren, sind ausgemerzt und sollen für immer ausgemerzt bleiben; darin ist die CDU mit allen anderen antifaschistischen Gruppen einig. Rechtsradikale Strömungen, wie wir sie teilweise in Westdeutschland leider schon wieder feststellen müssen und die wir schärfstens ablehnen, haben – wenn überhaupt – nur dann Entwicklungsaussichten, wenn sie durch linksradikale Extremparolen eine scheinbare Begründung erfahren. Eben darin liegt ja die große friedenspolitische Bedeutung fortschrittlicher, nichtmarxistischer Parteien, dass sie auch den großen Teil des Volkes, der den Marxismus ablehnt, für eine echte Friedenshaltung und deren wirtschaftsstrukturelle Untermauerung gewinnen und festigen.

Die Schweiz und Schweden beweisen, dass auch parlamentarische Demokratien eine Friedensgarantie darstellen können. Wir wünschen und arbeiten dafür, dass das kommende Deutschland auf gleicher verfassungsmäßiger Grundlage denselben Beweis antreten kann. Und darum wenden wir uns gegen die Ansicht, dass der von der SED proklamierte Weg allein für die Welt und besonders für die Sowjetunion zur Sicherung eines friedlichen Deutschland führen könne. Die Basis der SED wäre, auf ganz Deutschland gesehen, viel zu schmal dazu!

Auch der von uns erstrebte Weg sichert echten Friedenswillen des deutschen Volkes, und er ist nach unserer festen Überzeugung sowohl seiner geistigen Struktur wie dem politischen Willen seiner Mehrheit entsprechender als jener andere Weg.

Unser Wollen zu einem wirklichen Sozialismus aus christlicher Verantwortung bedeutet Durchbruch einer völlig neuen Haltung in Volksschichten, die früher zum Teil aus Tradition kapitalistisch waren. Er bietet viele Möglichkeiten, mit dem marxistischen Kameraden gemeinsam zu gehen, aber nebeneinander, nicht hintereinander! Unsere ehrliche Bereitschaft, mit der Sowjetunion in Freundschaft, aber auch mit der übrigen Welt in Frieden zu leben, muss klar in allen Funktionärs- und Mitgliederkreisen der CDU erkannt, ausgesprochen und immer allgemeiner gefestigt werden. Das bedeutet Klarheit über unser Ziel für alle, die guten demokratischen Willens sind!